

geriet, erlaubte sich nach dem Zusammenbruch des SED-Staates, stellvertretend für viele Opfer, die Nachfolgepartei PDS regreßpflichtig machen zu wollen.

Das Ende vom Lied: eine makabre Grotteske! Der Autor und Verleger Kuo ist dadurch in den Ruin getrieben worden. Obwohl das Gericht feststellte, daß die PDS durchaus haftbar gemacht werden kann, kam er in seinem konkreten Fall nicht durch, weil die vorsätzliche Beeinflussung seines Gerichtsprozesses von damals detailliert hätte nachgewiesen werden müssen. Gerade so, als hätte es jemals im Sowjetimperium eine unabhängige Rechtsprechung gegeben!

Am 8. September 1993 drang ein fünfköpfiges Pfändungskommando im Namen der PDS in Kuos Wohnung ein: zwei Polizisten aus Sindelfingen, zwei Gerichtsvollzieher aus Böblingen sowie ein Schlosser, der im Begriff war, die Tür gewaltsam zu öffnen, wäre nicht zufällig Frau Kuo nach Hause gekommen.

Anschließend wurde die Wohnung nach Pfändbarem durchsucht, vergebens

Die Rechts- bzw. stadtbekanntem Berliner Linksanwälte der PDS hatten Xing-Hu Kuo die Zwangsvollstreckung schon korrekt angedroht, falls er nicht sofort 11480 DM an sie überweist. Sein Rechtsanwalt Eberhard Wendel, ein ehema-liger Haftkamerad, fordert von Kuo 8000 DM und die Justizkasse mahnt 14 000 DM an. Genervt schreibt Kuo:

"Da kann ich gleich einen Strick nehmen oder eine Bank überfallen."

Der gewitzte Chinese, der hoffentlich noch nicht seinen bereits aktenkundigen Humor verloren hat, wird weder dies noch das tun, vor allem wird er nicht, wie es die PDS im nächsten "rechtsstaatlichen Schritt" von ihm verlangt, einen Offenbarungseid leisten. Daraus könnten sich für ihn dann sechs Monate Beugehaft ergeben.

Und nun möchte ich Gräfin Dönhoff und all' die anderen fragen, die so vordergründig für Amnestie, Verjährung oder Versöhnung plädieren, ob es denn wirklich unmöglich ist, unterscheiden zu können, "wo die Grenze verläuft zwischen Ertragen und Widerstehen, zwischen Anpassen und Opponieren, zwischen Wegschauen und Wissenwollen?" (DIE ZEIT, 10.9. 1993)

Die PDS, als reichste Partei Europas bekannt, darf also, absolut rechtsstaatlich, vor unseren Augen seelenruhig eines ihrer Altlasten-Opfer erneut zum Opfer degradieren.